



Unser Vorbereitungstreffen im Kölner Frauenbuchladen



Courage-Frauen im Gespräch, oben mit Frau Helga Schuchardt



Im nagelneuen Kölner Frauenbuchladen trafen sich etwa 20 Vertreterinnen des Bundesvorstand der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Demokratische Fraueninitiative (DFI), des Kommunistischen Bundes (Kb), der Bunten Liste und der Frauenbewegung, um den Antiatom-Kongreß der Frauen im September vorzubereiten. Doch zunächst berichteten wir Courage-Frauen über unsere Erlebnisse und Gespräche in Bonn.

Die Petitionsübergabe in Bonn gestaltete sich schwieriger, als wir es uns von Berlin aus gedacht hatten. Zunächst irrten wir zu acht mit unserer Akte samt notarieller Beglaubigung der 17899 Unterschriften von einem Bundeshausgebäude zum anderen. Vorbei an bewaffneten Sicherheitsbeamten in Sommeruniform, die es sich nicht nehmen ließen, eine nach der anderen von uns zu mustern. Einer von ihnen schickte uns zurück ins Hochhaus am Tulpenfeld: dort im Verwaltungsgebäude sitzt der Petitionsausschuß. Die beiden Pförtner belehrten uns, daß Petitionen nur schriftlich eingereicht werden sollen. Sie könnten auch niemand vom Petitionsausschuß erreichen. Wir sollten doch die Petitionen bei ihnen lassen. Das wollten wir aber auf keinen Fall und bestanden darauf, sie selbst hochzubringen. Man ließ uns etwa 20 Minuten warten, bis ein Sachbearbeiter herunterkam, der uns wieder belehren wollte. Schließlich nahm er die beglaubigten Petitionen für den Posteingang entgegen und versicherte uns, daß wir nicht vor Oktober mit einer parlamentarischen Antwort rechnen könnten. Außerdem sollten wir schriftlich anfragen, wieviele unserer Petitionen zum Atomgesetz bereits direkt beim Petitionsausschuß eingegangen seien, dann würden sie sie auch auszählen, was uns natürlich brennend interessiert.

Dieser Aufenthalt vor der Hochhaus-Pförtnerloge war sehr ernüchternd, zumal drei von uns und einige Nonnen, die dort auch warteten, von einem Sicherheitsbeamten genötigt wurden, nicht in die dort ausliegenden Anwesenheitslisten der Abgeordneten einzusehen. Ohne Begründung.

Im Gespräch mit der FDP-Abgeordneten Helga Schuchardt, die der Atomgegner-Fraktion angehört, erfuhren wir, daß 25 Abgeordnete, die für einen Antrag zur Gesetzesänderung nötig wären, nicht einmal interfraktionell zum Thema Atompolitik zusammenzukriegen sind. Die einzige Möglichkeit, der jetzi-

# Kongreß

gen eingepackten Einheitsatomzustimmung den Wind aus den Segeln zu nehmen, bietet sich in einer Volksbefragung, wie sie in Schweden, das auch keine landesweite Volksentscheidung vorsieht, durchgeführt werden soll. Unter diesem Aspekt könne sie sich vorstellen, das Tabu-Thema im Bonner Bundestag neu zu diskutieren.

Schließlich erhielten auch die Befürworter der Atompolitik damit eine Chance, ihr Gewissen zu erleichtern.

Einigermaßen zufrieden über den Verlauf dieses Gespräches trafen wir uns in der Villa der Parlamentarischen Gesellschaft mit Angela Grützmann von der SPD. Von ihr, die zur Zeit im Parteibundesvorstand arbeitet, erfuhren wir, daß die BRD ohne Kernenergie hinter den gegenwärtigen Wohlstand zurückfallen würde, daß Sparmaßnahmen wie autofreier Sonntag kindisch und andere Technologien wie Sonnenenergienutzung möglich seien. Da die Weltrohstoffe eh nur begrenzt ausreichen, müsse früher oder später auf Kernenergie gesetzt werden. Außerdem sei eine Diskussion nur denkbar, wenn anerkannt werde, daß auch die Kernenergie-Befürworter ein Gewissen hätten.

Daß diese Haltung nicht das gesamte Spektrum der SPD umfaßt, wurde von Angela Grützmann mit keinem Wort erwähnt und auch nicht von der etwas später zu dem Gespräch hinzugekommenen Elisabeth Vogelheim von der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF). Doch lasen wir in den frischgedruckten Beschlüssen der Bundeskonferenz der ASF vom Mai 1979, daß diese sich für einen Verzicht auf KKW's und für deren Stilllegung ausspricht und ein entschiedenes Nein zur Wehrpflicht für Frauen ausgesprochen hat.

Die anschließende, von uns einberufene Pressekonferenz war ein Reinfall. Offenbar ist das Thema ein so heißes Eisen, daß es niemand aus der gesamten Bonner Pressevertretung für nötig hielt, unsere Einladung wahrzunehmen. Sogar die Presse scheint auf totale Befürwortung getrimmt zu sein. Oder sind die Berührungsängste gegenüber der Frauenbewegung so stark, daß ihre Beteiligung an der Politik sofort verdrängt wird? Es ist jedenfalls nicht einzusehen, daß 17899 Unterschriften gegen das Bonner Atomgesetz, die durch die Frauenbewegung angeregt wurden, weniger wichtig sein sollen, als z.B. eine Unterschriftenaktion von 2.000 Leuten an den südkoreani-



oben: Courage-Frauen, v. links: Barbara, Sabine, Ulrike und Sabine, bei der Ankunft in Bonn und im Gespräch mit Frau Helga Schuchardt



Im Gespräch mit Frau Angela Grützmann (lks.) und Frau Elisabeth Vogelheim (re.)

## USA — Feministische Überlegung nach Harrisburg

Die Katastrophe in Harrisburg, Pennsylvania, gab US-Feministinnen viel zu denken. Für sie waren die Ereignisse des Reaktorunfalls das wichtigste Beispiel dafür, warum gerade Feministinnen an der Atomkraftauseinandersetzung radikal teilnehmen müssen. Frauen sind nämlich die, die wieder am ehesten betroffen sind. Die schwangeren Arbeiterinnen des Three-Mile Island Reaktors wurden erst dann evakuiert, als die radioaktive Strahlung fast tödliche Dosierungen erreicht hatte. Ihr Lohn für die Ausfallzeit wurde ihnen entzogen, weil die Atomindustrie für Unfallschäden nicht haftet. Da die Abtreibungsgesetze verschärft wurden, stellt sich noch die Frage, ob die Frauen auch noch selbst bestimmen können, ob sie ihre Kinder austragen oder nicht. Trotz Versuchen seitens der Industrie und der Regierung, das Ausmaß des Reaktorunfalls zu verniedlichen als „menschliches Versagen“, schienen die meisten Frauen nicht darauf hereinzufallen. Ergebnisse einer New York Times-Umfrage während der Krise bestätigten, daß mehr Frauen als Männer den Sinn und Zweck der Atomtechnologie in Frage stellten. Sämtliche Frauen-Anti-KKW-Gruppen, die sich in den USA nach Harrisburg formierten, schlossen sich der bundesweiten Feminist Anti-Nuclear Taskforce“ (Feministische Anti-KKW Kampfgruppe) an. Die „Taskforce“-Frauen spielten eine entscheidende Rolle in der Organisation des Marsches auf Washington am 6. Mai. Dort demonstrierten hunderttausende Menschen gegen Kernkraft und nahmen an der Riesenkundgebung teil, auf der auch Helen Caldicott eine Rede hielt. Die Forderungen der „Taskforce“-Frauen möchte ich hier erwähnen, weil ich sie auch für unseren Kampf in der BRD für wichtig halte: Null Atom, weder für Energie noch Militär; menschenfreundliche Medien und Technologie; Frauen müssen die Atomindustrie zwingen, für Unfallschäden aufzukommen; Feministinnen müssen den Kampf für die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung jedes Geschlechts, jeder Klasse und jeder Rasse anführen; die Abschaffung aller risikoreichen Industrien, ohne Arbeitsplatzverlust der Frauen; Frauen müssen endlich der nuklearen Bedrohung ein Ende machen, deshalb rufen wir alle Frauen in allen Ländern auf, Widerstand in diesem Kampf ums Überleben zu leisten.

Barbara Weber

schen Präsidenten, einen gefangenen Dichter freizulassen, über die zumindestens der Tagesspiegel eine kleine Meldung machte.

Wir nahmen die mißglückte Pressekonferenz zum Anlaß, uns in den hohen, gepolsterten Sesseln auszuruhen und gut gekühlten Saft zu trinken. An diesem Nachmittag ist uns klar geworden, wie groß die Kluft ist und wie machtlos Basispolitik gegen Spitzenpolitik ist. Wenn Jusos, ASF, die Grünen und Einzel-Abgeordnete von der FDP und SPD sich gegen KKW's aussprechen, dann tun sie das ohne Ausführungsgewalt — sozusagen als Privatpersonen.

Unseren Widerstand gegen die verordneten Atomgesetze erklären wir wie die Bäuerinnen von Gorleben und Kalkar „als übergesetzliches Notstandsrecht“, weil wir wie sie der Meinung sind, daß die Kerntechnologie „des Teufels“ ist; und wir halten sie mit Erhard Eppler, dem Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg, für „prinzipiell nicht beherrschbar, eine Katastrophe irgendwann deshalb für unvermeidlich“.

Eine Entscheidung von solcher Tragweite können wir nicht unter Fraktionszwang stehenden Politikern überlas-

sen, die zudem unter Bedingungen leben und arbeiten, die denen der Hochsicherheitstrakts immer mehr ähneln. Oder sollen diese Sicherheitsburgen bundesdeutsche Wirklichkeit werden, wenn in den acht Bundesländern, in denen KKW's betrieben werden, demnächst Zwischenlager errichtet werden sollen bis zur „endgültigen“ Entsorgung, wie es H. Schmidt kürzlich in der energiepolitischen Debatte im Bundestag forderte?

Seit Harrisburg bedeutet die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie auch atomare Vernichtung, Hiroshima. Ob Nuklearwaffen, Neutronenbombe oder größtmöglicher Atomunfall (GAU) — die Auswirkungen dieser Katastrophen spielen sich nicht im Buddelkasten ab und sind nicht auf Papp- und Zinnsoldaten gerichtet.

Die Wehrpflicht wird heute als Emanzipationsangebot und als Öffnung eines männlichen Machtbereichs für Frauen propagiert. Zum Glück sind es nur 15 % der Frauen (darunter Alice Schwarzer), die mit dem Militärdienst für Frauen einverstanden sind. Die Mehrheit der Frauen ist gegen den Dienst an der Waffe. Dafür gibt es sicher die unterschied-

lichsten Gründe, doch halten wir es mit den vorhandenen Erfahrungen von Frauen in der Armee (siehe Israel und USA): auch dort müssen Frauen gehorchen und machen die Drecksarbeit. Das sind nicht gerade die Tugenden, die gesellschaftlichen Einfluß ausmachen.

### Programm gegen Atom und Krieg

Auf dem Hintergrund, daß weder eine Gesetzesänderung noch ein Volksentscheid zur Atompolitik im Bundestag zur Zeit möglich sind, stellt sich unser Antiatom-Kongreß die Aufgabe, allen Atomkraftgegnerinnen Gehör zu verschaffen, mit dem Ziel, zunächst eine Volksbefragung auf Bundesebene durchzuführen. Drei Themen wurden als Einleitungsreferate vorgeschlagen, zu denen einige Referentinnen bereits zugesagt haben:

1. Über die Gefährlichkeit radioaktiver Stoffe wird Helen Caldicott, eine Kinderärztin aus Australien, sprechen, die seit Jahren in der Antiatom-Bewegung engagiert ist und sich mit der Atomtechnik unter medizinischen und politischen Aspekten auseinandersetzt. Über ihre Zusage haben wir uns sehr gefreut, weil es auch ein Glückszufall war, daß sie sich zu der Zeit gerade auf einer Reise in die Sowjetunion befindet und wir ihr so nicht einmal den Flug von Boston bezahlen müssen.

2. Petra Kelly (Europa-Kandidatin der Grünen) hat sich bereiterklärt, über das Thema „Wie geht es volkswirtschaftlich weiter ohne Kernenergie?“ einen Überblick zu geben.

3. Zu „Frauen und Wehrpflicht“ haben wir Eva-Maria Bannach-Epple gebeten, ein Einführungsreferat zu halten.

Eva-Maria Bannach-Epple ist Sozialwissenschaftlerin, beschäftigt sich seit langem mit der Problematik des Zivildienstes für Frauen und ist engagierte Antimilitaristin.

Darüber hinaus sind für den Nachmittag weitere Arbeitsgruppen zu speziellen Themen angekündigt. In kleinerem Kreis sollen wir die Möglichkeit haben, genauere Fragestellungen und Argumente herauszuarbeiten, die dann am Sonntag auf dem Plenum dargestellt werden können.

Bisher gibt es folgende Vorschläge:

1. Parlamentarische Möglichkeiten mit Helga Schuchardt

2. Gründung einer feministischen Partei mit Eva Rath, die vor kurzem aus der ASF ausgetreten ist und eine Frauenpartei gründen möchte.

3. Überblick über die Anti-AKW-Bewegung in der BRD (BBU)

4. Über das Verhältnis von Technik-Faszination und reale Einschätzung der Gefährlichkeit qualitativ neuer Technik wie der atomaren Energietechnologie.

Abends wird ein Film über AKW's und Widerstand dagegen von Esther Dayan und Susanne Beyerle gezeigt.

Auf dem Plenum am Sonntag soll die weitere Vorgehensweise diskutiert und abgesprochen werden. Anschließend laden wir zu einer Pressekonferenz ein, um unsere Ergebnisse zu verbreiten und um eine menschenorientierte Energie- und Umweltpolitik zu ordern. Der Kongreß endet mit einem Fest, zu dem hoffentlich noch alle Frauen bleiben können.

Inzwischen steht auch fest, daß der Kongreß am 15./16. September in Köln, in der Gesamtschule Zollstock stattfindet. Die Bonner Buchladenfrauen sorgen für Essen, und die Kölnerinnen legen schon jetzt Listen aus für Frauen, die Schlafplätze für eine Nacht zur Verfügung stellen können. Wir rechnen mit 1.000 Frauen.

Am 11. August findet ein zweites Vorbereitungstreffen im Kölner Frauenbuchladen statt. Dort wollen wir noch einmal das Programm und die Ziele besprechen und die Materialien für die Vorbereitung auf den Kongreß zusammenstellen. Für den Antiatom-Kongreß wollen wir eine Einladung in Form eines Plakates drucken und es überall aushängen. Dazu brauchen wir jede Unterstützung. (Die Plakate sind ca. Ende August fertig und können in den Frauenzentren und -Buchläden abgeholt werden.

Für weitere Vorschläge zu Themen und Referentinnen wendet euch bitte an:

Bonner Frauenbuchladen Nora,  
Bornheimer Str. 92, 53 Bonn  
Tel. 02221/654 767

Kölner Frauenbuchladen,  
Moltkestr. 66, 5 Köln  
Tel. 02221/533 120

Aktuelle Frauenzeitung Courage  
Bleibtreustr. 48, 1 Berlin 12  
Tel. 030/883 65 29/69

Wir bitten um Spenden für die Kosten, die wir für den Kongreß vorlegen:  
Sonderkonto Petition, Berliner Bank,  
198 50 832 00 - 01

C. M.

**Zweites Vorbereitungstreffen:**  
Samstag, den 11. August um 16 Uhr im  
Kölner Frauenbuchladen, Moltkestr. 66,  
5 Köln, Tel. 0221/523 120

**1. Antiatom-Kongreß der Frauen am  
15./16. September in Köln, Gesamt-  
schule Zollstock**

Am 7./8. Juli trafen sich verschiedene Frauengruppen, die Astrid Proll bisher unterstützten. Wir wollten über unsere jeweilige Arbeit voneinander erfahren, uns darüber austauschen und gucken, wie wir koordiniert miteinander handeln können. Astrid Proll hatte die Revision gegen den Auslieferungsantrag der BRD zurückgezogen, um sich möglichst bald auf den Prozeß im September vorbereiten zu können. Seit dem 23.6. befindet sie sich in der Frankfurter Frauenvollzugsanstalt Preungesheim.

30 Frauen der Haftanstalt Preungesheim waren zu diesem Zeitpunkt für die Absetzung des kommissarischen Gefängnisleiters Kulenkampf in den Hungerstreik getreten. Darüber hinaus forderten sie in 28 Punkten u.a.:

„Wir wollen nicht mehr nach Alter, Delikt und Strafzeit sortiert, getrennt werden. Es ist eine total unnatürliche Situation und dient der Spaltung der Gefangenen.“

Astrid Proll befindet sich momentan noch in einer Zugangszelle, hat eine Stunde am Tag Hofgang und erhält einmal wöchentlich eine halbe Stunde Besuch. Sie soll eine Einzelzelle im normalen Vollzug bekommen. Aber - wie die meisten Gefängnisse - ist auch Preungesheim überfüllt.

Zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr befand sich Irmgard Möller im Durststreik. Vier gefangene Frauen aus Berlin solidarisierten sich mit ihrem Durststreik, um Irmgard Möllers Verlegung zu erreichen. In dieser bedrohlichen Situation unterzeichnete unsere Gruppe mit vielen anderen einen Brief für die Freilassung Irmgard Möllers. Wir waren an diesem Wochenende von der Auslieferung Astrid Prolls betroffen, konnten aber genausowenig an der Situation der anderen Gefangenen vorbeisehen und vorbeifühlen. Wir überlegten, wie wir den gefangenen Frauen in Ber-

## „Ich werde nur freikommen, wenn es eine Bewegung gibt“

—Astrid Proll in Preungesheim—

lin - deren Verlegung ins Krankenhaus bevorstand - unsere Solidarität zeigen konnten. Hatten aber gleichzeitig das Gefühl, das so oft im Zusammenhang mit Menschen im Knast entsteht: die Entmutigung, daß das, was jede machen kann, entweder nicht mehr gemacht wird oder als zu klein erscheint.

Wir fragten uns auch, was dieser Druck von Leben und Tod in uns auflöst. Wie wir selbst an dem Zeitdruck teilhaben, was unsere eigenen Unsicherheiten zum Hungerstreik sind. Fragen, die noch lange nicht beantwortet sind.

### Bestrafung um jeden Preis?

Kurz vor ihrer Auslieferung gab Astrid Proll der englischen Zeitschrift „Time Out“ ein Interview, in dem sie über ihre Exilsituation sagte: „Exil gibt es immer da, wo es Krieg, Angriff und Unterdrückung gibt. Exil ist sowohl ein persönlicher Status als auch ein politischer. Es ist ein persönlicher, weil es ein einsamer ist, es ist das Zugeständnis, daß alles, wogegen du kämpfst, in dem Moment stärker ist als du. Mein Konzept des Exils war, in einer starken Gegenwart zu leben, meine Vergangenheit zu begrenzen und ihr ins Gesicht zu sehen, viele zukünftige Möglichkeiten zu schaffen, von denen eine immer gewesen ist, nach Deutschland zurückzukeh-

ren.“ (alle Zitate aus: Time Out; 29.6. bis 5.7.79). Und sie sagt über ihr Auslieferungsverfahren: „Sie (die Politiker) verletzen nicht nur ihre eigenen Gesetze . . . mit dem Ziel, die Ausweisung oder die Abschiebung von Immigranten oder Ex-Terroristen aus England zu garantieren, sondern sie tun es gegen mich, gegen die Art, wie ich im Exil gelebt habe. Und das hat wichtige Implikationen für alle immigrierten Frauen, die mit englischen Männern verheiratet sind.“

Die deutschen Behörden bestanden auf der Auslieferung, bestehen darauf, daß ihr der Prozeß gemacht wird. Das geht nicht nur gegen das unangepaßte Leben von Astrid Proll in England. Das ist die Verfolgung und Bestrafung von Menschen, die Beziehungen zum bewaffneten Kampf hatten und haben. An Astrid wird deutlich, daß dieser Bestrafungsanspruch konsequent durchgesetzt werden soll. Schon die Logik nicht zu praktizieren, hieße, die Behörden würden die Legitimität dieses Rechts-Staates selbst nicht ernstnehmen. Die Möglichkeit, gegen Isolation Lebendigkeit zu entwickeln, soll zerstört werden, diese Lebendigkeit soll weggenommen werden. Es gibt auch Tendenzen, die „harte Linie“ nicht umfassend durchzusetzen. Die Überlegung, Leuten in diesem Staat die Möglichkeit zu geben, der Bestrafung